

Nebroner Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilt. Sauer in Koblentz. Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Hofschloßfoto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Sparverein Koblentz.

Nr 38

Sonnabend, den 28. März 1931.

44. Jahrgang

Vertagung auf 13. Oktober.

Die Regierungsvorlagen angenommen.

Berlin, 26. März.

Präsident Ebbe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Das Haus tritt zunächst in die dritte Beratung der Dittsche Gesetz ein. Die Bestimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die dritte Beratung des Zolländerungsgegesetzes. Abg. Sepp (Brandl) befürwortet den Schußvoll, der ein unentgeltliches Schußgut für die Landwirtschaft sei und gleichzeitig auch alle erforderlichen inneren Umstellungsmaßnahmen bedinge.

Abg. Freyde (Wirtschaftsp.) erklärt, das Genfer Handelsabkommen passe zu dem vorliegenden Zolländerungsgegesetz wie die Faust auf Auge. Die deutsche Wirtschaft könne bei der hohen Vorbelastung ohne einen gewissen Protektionismus nicht auskommen.

Abg. Herbert-Franken (Bayrische Volksp.) weist darauf hin, daß die Zollmaßnahmen nicht etwa durch iperulative Bereindertung unwirksam gemacht werden dürfen. Die Vorlage sei zu begrüßen, weil sie auch der bäuerlichen Beredlungswirtschaft den so dringend notwendigen Schutz bringe.

Abg. Dr. Drees (3.) tritt für den Kompromißantrag zu Artikel III ein.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. Wp.) erklärt, man dürfe die Bedeutung des Gesetzes nicht unterschätzen, mit dem mitten in einer schweren Wirtschaftskrise der Landwirtschaft geholfen werden solle. Am übrigen stimmt der Redner der Vorlage zu.

In der Schlußabstimmung wird der Gesetzentwurf in der Kompromißfassung mit 285 gegen 82 Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten endgültig verabschiedet.

Es folgen die Abstimmungen zum Dittsche Gesetz. Das Dittsche Gesetz wird in der Schlußabstimmung mit 309 gegen 65 Stimmen der Kommunisten und das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung wird in der Schlußabstimmung endgültig angenommen.

Zum Antrittsreden des Abgeordneten Dr. Drees (3.) findet zunächst ein Antrag der bürgerlichen Parteien Anwendung, der die Aufhebung der Haft auch auf die Gewährung von Krediten für allgemeine Zwecke der Wirtschaft ausdehnt. Auch dieses Gesetz wird in der Schlußabstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten endgültig angenommen.

Zu Verhandlungen stehen dann etwa 30 Anträge von Ausschüssen auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung von Reichstagsabgeordneten. Es handelt sich in der Hauptsache um nationalsozialistische und kommunistische Abgeordnete. In a. soll die Genehmigung zur Vollziehung von Strafverfolgungsmaßnahmen in Folge von insgesamt einem halben Jahr Gefängnis gegen den Abg. Koch-Dresden (D. Wp.) erteilt werden. Abg. Rauch-München (Bayr. Wp.) beantragt, den Fall des Abg. Koch-Dresden und einige andere kleinere Fälle dem Ausschuss zu überweisen und die übrigen Anträge auf Strafverfolgung zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Ebbe teilt mit, daß der Vorkessler eine längere Vertagung des Reichstags bis zum 13. Oktober vorschlägt. (Hört! Hört! b. d. Komm.) Abg. Dörger (Komm.) weist darauf hin, daß die Regierung eine solche Vertagung verlangt habe. Es gebe keine parlamentarische und auch keine sachliche Begründung für diese lange Vertagung. Der Redner beantragt, die nächste Sitzung des Reichstags bereits am 14. April abzuschießen. Abg. Eber (3.) widerspricht dem Vorschlag des Abg. Dörger. Die Regierung müsse Ruhe haben, um die ihr obliegenden wichtigen Aufgaben erfüllen zu können.

Präsident Ebbe hebt hervor, daß die Arbeiten des Reichstags ja trotz der Vertagung nicht aufhören, da zahlreiche Ausschüsse Sitzungen abhalten würden.

Der Reichstag beschließt darauf mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten Vertagung bis zum 13. Oktober.

Abg. D. Dr. Kohl (D. Wp.) gebent als Alterspräsident am Schluß der Bedeutung der verflochtenen Reichstagsstimmung. Er dankt dem Reichstagspräsidenten Ebbe für die geschickte Führung der Geschäfte. Wenn es gelänge, sei eine große Reihe wichtiger Aufträge zu erledigen, so sei das neben der Festigkeit der Reichsregierung und dem großen Fleiß und Arbeitswille des Reichstags und seiner Ausschüsse in erster Linie der Pflichterfüllung und heroischen Verhandlungsfähigkeit des Reichstags zu verdanken. (Lärm b. d. Komm.) Der Redner spricht dem Präsidenten dafür seinen tiefsten, herzlichsten Dank aus. (Sech. Beifall.)

Präsident Ebbe dankt dem Redner und erteilt auf die Mitarbeit auch der übrigen Mitglieder des Vorstandes des Reichstags. Damit schließt die Sitzung.

Serien im Preussischen Landtag.

Severing über den Königsberger Fall.

Berlin, 27. März.

Am Preussischen Landtag nahm bei der zweiten Beratung des Haushalts des Innenministeriums Minister Severing noch einmal das Wort. Um auf die von dem ein-

jelen Rednern in der Aussprache angeführten Fragen zuzugehen. Dabei kam er auch auf die politischen Zusammenhänge zu sprechen. Gegenüber den Rednern über die Haltung der Polizeibeamten bei solchen Gelegenheiten gab der Minister zu, daß Mißgriffe vorkommen können und sicherlich auch vorgekommen seien.

Aber man würde dem Lande keinen Dienst erweisen, wenn man erklären würde, daß von dem Gummifnippel kein Gebrauch mehr gemacht werde.

Wenn die Polizei nicht nur mit derartigen Inframenten sondern auch mit Pistolen, Dolden, Schlagringen usw. betämpft werde, dann würde er, der Minister, verantwortungslos handeln, wenn er im Parlament Erklärungen abgeben würde, die die Polizeibeamten unglücklich machen müßten. Da allerdings Überfreitungen der Polizei festzustellen würden, werde unbedingt eingeschritten werden.

Zu dem Vorfalle in Königsberg erklärte der Minister, daß selbstverständlich der Prinz August Wilhelm nicht anders behandelt werden könne als jeder andere Bürger. Sollte er zu Unrecht etwas abgenommen haben, dann sei das zu bedauern. So etwas sei fürstlich auch einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten passiert. Sei der Prinz aber beteiligt gewesen, dann müsse er auch die Folgen tragen.

Das Haus verlagte sich auf Dienstag, den 28. April, um dann die zweite Beratung des Haushalts bei der Fortverwallung fortzusetzen.

Künftliche Aufregung.

Das Zollabkommen, Frankreich und England. — Der diplomatische Schritt. — Seine Auswirkung in Berlin und Wien.

Die angeführten und aufgeregten Bemerkungen Frankreichs, England in der Gegenwart gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen auf keine Seite zu stehen haben nicht der An Paris erhofften Erfolg gehabt. Die französische Regierung hat zur Beendigung der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Methode gewählt, die sie nicht auf die Dauer wird durchhalten können, und die vorsichtige Zurückhaltung, mit der sich England gegenüber diesem französischen Vorgehen wappnet, zeigt bereits dessen Schwäche.

Für Frankreich mußte es von vornherein, noch vor der zuverlässigen Kenntnis der Abmachungen zwischen Berlin und Wien, feststehen, daß diese Abmachungen gegen irgendwas verstoßen. Gegen was, der Redner war man sich bei Eröffnung der Diskussion gegen den geplanten Zollpakt noch nicht klar, und man ist sich bis heute auch darüber noch nicht klar geworden. So wechseln die Anklagen, die gegen die deutsche und die österreichische Regierung erhoben werden, in ihrer Begründung; einmal soll der Pakt gegen das Genfer Protokoll verstoßen, ein andernmal gegen den Völkerbundsstatut, und noch ein anderes Mal wieder vertritt er sich angeblich nicht mit dem deutsch-französischen Handelsvertrag.

Die englische Politik ist klüger und zurückhaltender.

Sonderbar hat sich, wie aus der scharfen Diskrepanz zwischen der Pariser Reiter-Information und dem einige Stunden darauf folgenden Kommuniqué der Pariser englischen Botschaft deutlich hervorgeht, von den französischen Staatsmännern nicht einwörtlich lassen, und der Redner hat in seinem Aufruf der englische Botschafter in Berlin beim Reichskanzler Dr. Brüning und der englische Gesandte in Wien beim Botschafter Dr. Schöber unternehmen haben, ist in seiner Bedeutung weit entfernt von dem, was Paris anstrebt. Die englische Regierung legt mit dieser Demarche nicht mehr, als daß Aufklärung über die deutsch-österreichischen Vereinbarungen erwünscht sei, und das ist ein Ansuchen, dem bei gutem Willen niemand ausweichen wird.

Es handelt sich allerdings um die Richtung, in der Aufklärung gefordert werden kann und gegeben werden soll, und über diese Frage besteht zwischen Berlin und Wien völlige Einmütigkeit.

Wie ja auch der Regierungsvertreter im englischen Unterhaus auf Anfragen erklärt hat, geht das Aufklärungsbedürfnis der englischen Regierung nach der juristischen Seite der Wiener Abmachungen. Eine solche Aufklärung haben die beiden Verhandlungspartner nicht zu scheuen, und sie sind bereit, sie in jedem Ort und auch vor jedem Gremium zu geben, seien es nun die Garantien des Genfer Protokolls, der Völkerbundsstatut oder nötigenfalls der Saag. Diese Bequemlichkeit geht aus den Antworten deutlich hervor, die der Reichskanzler und der österreichische Botschafter den englischen Regierungsvertretern gegeben haben.

Nicht minder deutlich aber kommt in diesen Antworten zum Ausdruck, daß Deutschland und Österreich nicht gewillt sind, die Prüfung des Abkommens und seine Rechtfertigung auf das politische Gebiet hinüberzulenken zu lassen.

Unter solche Absichten sieht man in Berlin und Wien gleich im ersten Stadium ihres etwaigen Aufstiegens einen entschiedenem Schritt. Noch ein Drittes geht aus den Antworten Brünings und Schöbers klar hervor, nämlich die Entschlossenheit, unbekümmert um eine spätere, jedenfalls auf der Montagung des Reichstags zu erwartende Prüfung der juristischen Tragfähigkeit der Wiener Abmachungen, die Verhandlungen weiterzuführen und den Ausbau des Abkommens in seinen technischen Einzelheiten zu vollenden. Da das eine Aufgabe ist, die mehrere Monate beanspruchen

wird, ergibt sich ungezogen, daß vor einer juristischen Aussprache ein Abschluß zwischen Wien und Berlin nicht vorgezogen wird, und damit dürfte, aus dem Ablauf der Dinge selbst, allen berechtigten Wünschen und zu erfennenden Bedenken vollkommen Rechnung getragen sein.

Nur kein Optimismus!

Die rich zur Verabschiedung des Reichshaushalts.

Berlin, 27. März.

Zu der Verabschiedung des Reichshaushalts hat Reichsfinanzminister Dr. Dietrich der Presse eine längere Erklärung abgegeben. Er wies einleitend darauf hin, daß in der Eröffnung des Haushalts vor dem 1. April, also vor Beginn des neuen Haushaltsjahres, ein großer Fortschritt zu sehen sei. Die Reichsfinanzen bei der Abrechnung, so fuhr der Minister fort, waren so, daß sie auch dann ausgeteilt hätten, wenn die Reichsopposition im Hause geblieben wäre. Daß der Reichstag sich entschlossen hat, der Regierung die Ermächtigung zu geben, unbeschädigt zu sparen, wenn die Ausgaben zwangsläufig steigen oder die Einnahmen weiter sinken sollten, ist nicht nur ein Vertrauensbeweis, sondern ein Akt größter Entschlossenheit des Reichstags.

Der Redner kam dann auf die Erhöhung der Einkommensteuer zu sprechen, von der er hoffte, daß der Reichstag sie nicht genehmigen würde. Die Erhöhung der Einkommensteuer genehmigte er als eine Maßnahme, die bei längerer Anwendung nicht zu Einnahmeverminderungen, sondern zu Einnahmevermehrungen führen würde.

Zur Zeit laute die große Frage, wie sich das neue Haushaltsjahr entwickeln werde. Der Haushalt, so erklärte der Minister dann weiter, ist völlig abhängig von der Entwicklung der Wirtschaft. Steuern und Zölle sind, wie kaum zuvor, konjunkturrempfindlich. Es handelt sich tatsächlich um ein wirtschaftliches Problem. Außerst wichtig aber ist die Bedeutung der Wirtschaftsbewegung, weil mit ihr sofort eine Reihe von Maßnahmen sich heben, vor allem die beiden großen Verbrauchssteuern, Zölle und Bier, die im letzten Jahr nahezu zwei Milliarden Mark mehr eingebracht haben; jedoch aber die Umsatzsteuer und die Kohlensteuer, die beide in gleichem Schritt mit dem Gang der Wirtschaft gehen.

Zu der Besserung im Innern aber muß auch eine Beseitigung des Außenhandels einleiten. Hier sieht es leider, nachdem das Genfer Zollabkommen gescheitert ist, nicht besonders verträglich aus. Obwohl man bei dem Neuen Plan sich völlig darüber im klaren war, daß Deutschland nur in Ordnung komme und nur dann die Tribute zahlen könne, wenn man ihm eine Ausweitung seines Außenhandels ermöglicht, hat niemand von unseren Vertragsgegnern hierzu bisher irgendwelche Anstalten getroffen. Im Gegenteil befinden wir uns in einer ungehörigen Entwidlung, die — sofern sie anhaltet — nicht allein die von den größten Befürwortern und Folgerungen Veranlassung geben sollte.

Die Zweiteilung Belgiens beantragt.

Neue Volksabstimmung in Eupen-Malmédy?

Brüssel, 27. März.

Die flämischen Nationalisten haben im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach Belgien in einen Bundesstaat, bestehend aus Flandern und Wallonien, umgewandelt werden soll. Dem Antrag ist der Entwurf einer neuen Verfassung beigefügt, in dem u. a. die monarchische Staatsform beibehalten ist.

Interessant ist dabei, daß die flämischen Nationalisten in ihren Anträgen das Gebiet von Eupen und Malmédy nicht in das belgische Staatsgebiet einbezogen haben. Sie erklären dazu, daß sie bei der Beratung ihres neuen Gesetzentwurfes in der Kammer beantragt werden, in Eupen-Malmédy eine neue, diesmal geheime Volksabstimmung vorzunehmen.

Keine Sensation.

Die Beschlüsse der Europatagung.

Paris, 27. März.

Die Pariser Europatagung hat, wie zu erwarten war, keine Sensation gebracht. In den drei Sitzungen ist das deutsch-österreichische Abkommen mit feinem Wort erwähnt worden.

Provisionell wurde beschlossen, im Mai folgende drei Punkte in der genannten Reihenfolge auf die Tagesordnung zu bringen: 1. Verfassung, Organisation und Arbeitsmethode, 2. Zulassung Danzigs, 3. Studium der Wirtschaftskrise.

Eine gewisse Uneinigkeit besteht nur in Bezug auf die von Deutschland und Italien gewünschte zeitliche Neuordnung der Wirtschaftskrise. Die beiden Länder haben sich aber auf dem Standpunkt, daß die Wirtschaftskrisenstaaten des Völkerbundes zu allen Verhandlungen des Ausschusses zugelassen werden müßten und behalten sich vor, in der ersten geschlossenen Sitzung der Weltkonferenz noch einmal auf diesen Punkt zurückzukommen.

Internationale Getreidevorkonferenz.

Eine Rede Mussolinis.

Rom, 27. März.

Die internationale Getreidevorkonferenz wurde mit einer Rede von Mussolini eröffnet. Er unterstrich die verheerenden günstigen Verbedingungen für die Nahrung der der

Gandhis Prestigeverlust.

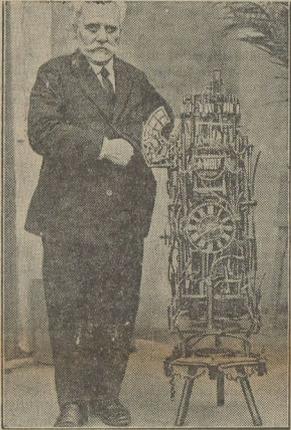
London, 27. März.

Gandhi wurde bei seiner Ankunft in Saratshi, wohin er sich zur Teilnahme am Nationalistenkongress begeben hatte, von einer großen Menschenmenge mit wilden Schmähschriften empfangen. Die Demonstranten warfen Gandhi vor, er arbeite mit der indischen Regierung zusammen, die die Lahore-Mörder habe hängen lassen. Als Gandhi im Automobil vom Bahnhof abfuhr, folgte ihm die Menge und schrie dauernd: „Nieder mit Gandhi! Gandhi ist ein Verräter!“

Aus ganz Indien laufen Nachrichten über Unruhen, blutige Kundgebungen und Zusammenstöße zwischen Nationalisten und Polizei ein. Außer in Gampur mußte das Militär auch in Allahabad, Lucknow und anderen Städten eingreifen.

Reichsmittel für ehemalige Kriegsgefangene.

Die Restguthabenbeträge ehemaliger Heimkehrer aus belgischer Kriegsgefangenschaft werden demnächst aus Reichsmitteln zur Auszahlung gelangen. Hierzu teilt die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigten ehemaligen Kriegsgefangener Deutschlands e. V. ergänzend mit: Die Auszahlung eines Restguthabenbetrages erfolgt nur an solche ehemaligen Kriegsgefangenen, für die ein belgischer Guthabenschein auf einen bestimmten Betrag vorliegt, und zwar auf Antrag bezw. auf Grund der bereits früher gestellten Anträge. Die Auszahlung hat mit dem Französischguthaben bezw. den von der französischen Regierung zur Verfügung gestellten Mitteln nichts zu tun. Sofern für die ehemaligen Sanitätspersonen Guthabenscheine vorgelegt sind, erfolgt ihre Auszahlung in gleicher Weise wie für die übrigen Heimkehrer aus belgischer Gefangenschaft. Anträge werden vermittelt und Zusünfte erteilt durch die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft in Bremen, Postfach 479.



Ein Wunderwerk der Uhrmacherkunst.

Der Uhrmacher Costanzo Renzi aus Rimini, Italien, hat eine Uhr geschaffen, die, einzig aus Kupferstäben bestehend, Sekunden, Minuten, Stunden, Tage, Monate und Jahre, dazu noch die Mondphasen anzeigt. Sie wird mittels eines Gummitandes aufgezogen und läuft 36 Stunden. Von Zeit zu Zeit hebt sich eine Titellore, hinter der man die Abbildung des Königs und Mussolinis sieht, und ein kleines Glockenwerk spielt die Nationalhymne. Renzi brauchte zu dieser mühevollen Arbeit zwanzig Monate.

Vermischtes

Schutz gegen Waldbrände.

Die Waldbrandgefahr ist in diesem bisher überaus trockenen Frühjahr besonders groß, da bei der anhaltenden Frostperiode größere Niederschläge in letzter Zeit ausgeblieben sind. Der Schnee ist verdunstet, ohne wie in anderen Jahren vom Boden aufgelogen zu werden. Das weisse Gras und Raub, besonders aber auch die Kulturen und Dürftungen, sind trocken und geben einen Feuer reichliche Nahrung. Es muß deshalb von neuem darauf hingewiesen werden, welche große Gefahr durch das Rauchen und Feueranzünden im Freien dem Walde droht.

Besonders häufig ist das unachtsame Fortwerfen von brennenden oder glimmenden Zündhölzern und Zigarren- und Zigarettenresten sowie auch das Worfeln in und am Walde die Ursache gefährlicher Brände. Gerade diese Ursache läßt sich aber bei einiger Voracht und bei einem Verantwortungsgesühl vermeiden.

Kann ein Waldbrand von Spaziergängern und Wanderern nicht sofort gelöscht werden, so ist schnellstens dem nächsten Förster von dem Feuer Nachricht zu geben und Hilfe aus dem nächsten Ort herbeizuholen.

Börse und Handel

Magdeburger Zuckermarkt vom 26. März. (Preise für Weißzucker inkl. End- und Verbrauchssteuer für 50 Kilogr. brutto für netto ab Fabrik-Verladeestelle Magdeburg und Umgebung.) Gemahlener Weizen prompt per 10 Tonne; nicht notiert. Tendenz: ruhig.

Leipziger Effektenbörse vom 26. März. Bei anhaltend kleinem Geschäft des Kassamarktes waren nur wenige Kurse verändert, die Abweichungen betragen kaum mehr als 1 % und gingen überwiegend nach unten. Coburg-Gothaer Bank gemindert 4 %, Schönberg 3 %. Anleihewerte unverändert fest, vereinzelte Papiere waren weiter gelocht. Im Freierkehr gemann Leipzig graphische Werke 5 %.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 26. März. Auftrieb: 858 Rinder, davon: 58 Ochsen, 102 Bullen, 170 Kühe, 28 Kalben, 870 Rinder, 285 Schafe und 1458 Schweine, zul. 2871 Tiere. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen: —, Bullen: a) 40—42, b) 36—39; Kühe: a) 34—36, b) 30 bis 33, c) 24—29; Kalben: —, Kälber: a) —, b) 64—68, c) 60—63; Schafe: —, Schweine: a) 46—47, b) 46—47, c) 44—45. Beschäftigung: Rinder schlecht, Schweine und Kälber langsam, Schafe belanglos.

...wie aus der Pistole geschossen

ist der Hanomag in 20 Sekunden vom Fußgängertempo auf 70 km und mehr. Sie können also mühelos eine hohe Durchschnittsgeschwindigkeit halten.

Und in den Bergen? Da gibt es keine Straßen-Steigung, die der Hanomag nicht nehmen würde und zwar vollbesetzt mit vier Personen.

Diese überlegenen Fahreigenschaften und dazu die technischen Vollkommenheiten: Hydraulische Vierradbremse, Ein-Druck-Zentralschmierung, Tiefrahmen, Halbelliptik-Federung, hydraulische Stoßdämpfer, erheben den Hanomag zum bevorzugten Wagen seiner Klasse.

Aber noch etwas darf nicht vergessen werden, was den Hanomag so überaus beliebt macht: die geringen Betriebskosten (1 km nur etwa 4 Pfennig für Benzin und Öl) und die lange Lebensdauer als Folge des guten Werkstoffes und der einwandfreien Arbeit.

Wenn Sie einen Viersitzer kaufen wollen - ganz gleich ob groß oder klein - bitte fahren Sie vorher einmal im Hanomag, dem Wagen für die Anspruchsvollen.

Einen illustrierten Katalog senden wir kostenlos.

HANOMAG



Barpreise ab Werk einschließlich sehr reicher Ausstattung und vollständigem Zubehör

Type 23 PS — 2975 RM Type 17 PS — 2850 RM

Kabrio-Limousine 50 RM mehr

Kredit bis 18 Monate bei günstigen Ratenzahlungs-Bedingungen

Lieferbar als Limousine, Kabrio-Limousine und Kabriolett

GENERAL-VERTRIEBUNG: **Willy Becker** Rossleben. Telef. 374.

Ablieferung der Feuerwehrrambinden.

Die für die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 bestellt gemessenen Pflichtfeuerwehrrambinden werden aufgegeben, die in ihrem Besitz befindlichen Rambinden umgehend, **spätestens bis 5. April d. Js.** im Rathaus, Zimmer Nr. 3 abzugeben. Nebra, den 27. März 1931. Die Polizeiverwaltung.

Halte vom 29. März bis 12. April keine Sprechstunden.

Dr. F. Becker

Augenfacharzt
NAUMBURG a. d. S., Markt 14.

Stadt-Lichtspiele Preuss. Hof

Sonntag, den 29. März, abends 8 1/4 Uhr:

„Wenn du noch eine Heimat hast..“

Ferner:

„Spiel und Ehre“.

Es ladet freundlich ein **Borgwardt.**

Naturwissenschaftliche Kenntnisse braucht heute jedermann!

Treten Sie darum dem

Kosmos

der größten und leistungsfähigsten Gesellschaft der Naturfreunde bel. Sie erhalten vierteljährlich

3 Hefte und 1 Buch

Preisermäßigungen / Vergünstigungen / Auskünfte

alles für RM 2-

Weit über 180000 Mitglieder!

Melden Sie noch heute Ihren Beitrag an!

Kosmos / Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart

Nebraer Sportvereinsung 1924

Karfreitag, den 3. April 1931

(Sportplatz: Unter d. Wittenburg)

N. S. S. 24 / Baranin-Halle a. S.

1. Herren / Sondermannsportplatz

Fußballwettbewerb

Anstich 3 Uhr. Vorabend: N. S. S. 24, Damen / Baranin, Damen

Handballspiel.

Sommerprossen

werden unter Garantie

durch **VENUS** (Stärke

B) besetzt. Preis 4,275

in Nebra: Adler-Drogerie

W. Guthaus

in Rossleben: Apotheke H. Ulrich

Sünderer bringt Gewinn.

Kohlen

Futter- und Düngemittel, Saat-Gerste

halte stets auf Lager und gebe zu billigen Preisen je nach

Sorten ab. — Befestlungen auf

Saatkartoffeln und Kohlen

(Sommerpreis) nehme stets entgegen

Hermann Bauer, Nebra a. U.

Belhagen & Klafings Monatshefte

genießen im In- und Auslande den

Ruf der

schönsten deutschen

Monatsschrift

Monatlich nur RM. 2,40

Der Leserkreis:

Jeder kulturbedürftige Deutsche, der an

der Entwidlung seiner Zeit lebendigen

Anteil nimmt.

Jedes Heft bringt

Meisterwerke moderner Erzähler

Plaudereien hervorragender Schriftsteller

aus allen Gebieten des Lebens und der

Kultur. Herrliche Bildergaben nach Wer-

ken der bildenden Kunst.

Belhagen & Klafings Monatshefte

machen Ihr Heim zu einer Stätte der

Kultur und edelster Lebensfreude.

Der Verlag Belhagen & Klafing, Leipzig I

über sendet auf Wunsch gegen Einzahlung

von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos

ein Heft (sonst 2,40) als Probeheft

Schöne Geschenke

für alle Konfirmanten

zu vorteilhaften Preisen

Richard Niedel, Artern



Geschäftsbücher

brvorzugte Marke

J. C. König & Co.

Hannover



J. C. König & Co.

Hannover

sowie Fabrikate jeder anderen leistungsfähigen Geschäftsbücherarbeit, Bilanzbücher, Schreibratgeber der besten deutschen Systeme liefert

Wihelm Sauer, Kofleben.

Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Hofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.

Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Hofschloßfoto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetz 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostsparkasse Nebra — Bankverein Merken.

Nr 38

Sonnabend, den 28. März 1931.

44. Jahrgang

Vertagung auf 13. Oktober.

Die Regierungsvorlagen angenommen.

Berlin, 26. März. Präsident Söbe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Das Haus tritt zunächst in die dritte Beratung der Offiziellen ein. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die dritte Beratung des Zolländerungsgegesetzes. Abg. Hepp (Landvolk) befragt über den Schutz, der ein unentgeltliches Schutzmittel für die Landwirtschaft sei und gleichzeitig auch alle erforderlichen inneren Umstellungsmaßnahmen bedinge.

Abg. Freye (Wirtschaftsp.) erklärt, das Genfer Handelsabkommen passe zu dem vorliegenden Zolländerungsgegesetz wie die Faust auf Auge. Die deutsche Wirtschaft könne bei der hohen Vorbereitung ohne einen gewissen Protektionismus nicht auskommen.

Abg. Herbert-Franke (Bayrische Volksp.) weist darauf hin, daß die Zollmaßnahmen nicht etwa durch spekulative Warendumping umzuwandeln gemacht werden dürfen. Die Vorlage sei zu begründen, weil sie auch der bäuerlichen Veredelungswirtschaft den so dringend notwendigen Schutz bringe.

Abg. Dr. Drees (3.) tritt für den Kompromißantrag zu Artikel III ein.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. Sp.) erklärt, man dürfe die Bedeutung des Gesetzes nicht unterschätzen, mit dem mitten in einer schweren Wirtschaftskrise der Landwirtschaft geholfen werden solle. Am übrigen stimmt der Redner der Vorlage zu.

In der Schlussabstimmung wird der Gesetzentwurf in der Kompromißfassung mit 285 gegen 82 Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten endgültig verabschiedet.

Es folgen die Abstimmungen zum Offiziellen. Das Offiziellgesetz wird in der Schlussabstimmung mit 309 gegen 65 Stimmen der Kommunisten und das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung wird in der Schlussabstimmung endgültig angenommen.

Zum Industrieabstimmungs findet zunächst ein Antrag der bürgerlichen Parteien Annahme, der die Aufgaben der Bank auch auf die Gewährung von Krediten für allgemeine Zwecke der Wirtschaft ausdehnt. Auch dieses Gesetz wird in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten endgültig angenommen.

Zu Verhandlungen stehen dann etwa 30 Anträge von Aufsichtsbehörden auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung von Reichstagsabgeordneten. Es handelt sich in der Hauptsache um nationalsozialistische und kommunistische Abgeordnete. U. a. soll die Genehmigung zur Vollstreckung von Strafverfolgungsmaßnahmen in Folge von Reichstagsabgeordneten im Jahr 1929 gegen den Abg. Koch-Münch (Bayr. Sp.) erteilt werden. Abg. Koch-Münch (Bayr. Sp.) beantragt, den Fall des Abg. Koch-Münch und einige andere kleinere Fälle dem Ausschuss zu überweisen und die übrigen Anträge auf Strafverfolgung zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Söbe teilt mit, daß der Vorkonferenz eine längere Vertagung des Reichstags bis zum 13. Oktober vorgeschlagen (Hört! Hört! b. d. Komm.) Abg. Torgler (Komm.) weist darauf hin, daß die Regierung Vertagung eine solche Vertagung verlangt habe. Es gebe keine parlamentarische und auch keine sachliche Begründung für diese lange Vertagung. Der Redner beantragt, die nächste Sitzung des Reichstags bereits am 14. April abzuhalten. Abg. Eber (3.) widerspricht dem Vorschlag des Abg. Torgler. Die Regierung müsse Ruhe haben, um die ihr obliegenden wichtigen Aufgaben erfüllen zu können.

Es werden die Arbeiten des Ausschusses, da zahlreich, abgehandelt. Der Mehrheitsantrag wird angenommen.

Der Ausschusspräsident Reichstagsabgeordneter teilt mit, daß die Verhandlungen, so sei das und dem großen und seiner Zustimmung herbeizuziehen des Reichstags zu recht dem Präsidenten aus. (Sehr.)

Der Ausschusspräsident teilt mit, daß die Verhandlungen, so sei das und dem großen und seiner Zustimmung herbeizuziehen des Reichstags zu recht dem Präsidenten aus. (Sehr.)

Der Ausschusspräsident teilt mit, daß die Verhandlungen, so sei das und dem großen und seiner Zustimmung herbeizuziehen des Reichstags zu recht dem Präsidenten aus. (Sehr.)

jellen Rednern in der Aussprache angeführten Fragen einzugehen. Dabei kam er auch auf die politischen Zusammenhänge zu sprechen. Gegenüber den Besagten über die Haltung der Polizeibeamten bei solchen Gelegenheiten gab der Minister zu, daß Mißgriffe vorkommen können und sicherlich auch vorgekommen seien.

Aber man würde dem Lande keinen Dienst erweisen, wenn man erklären würde, daß von dem Gummistempel kein Gebrauch mehr gemacht werde.

Wenn die Polizei nicht nur mit derartigen Instrumenten sondern auch mit Pistolen, Dolchen, Schlagringen usw. betätigt werde, dann würde er, der Minister, verantwortungslos handeln, wenn er in Parlament Erklärungen abgeben würde, die die Polizeibeamten unglücklich machen müßten. Die allerdings Mißgriffe der Polizei festgestellt würden, werde unbedingt eingeschritten werden.

Zu dem Vorkall in Königsberg erklärte der Minister, daß festzustellen sei, daß Prinz August Wilhelm nicht anders behandelt werden könne als jeder andere Bürger. Sollte er zu Unrecht etwas abgenommen haben, dann sei das zu bebauern. So etwas sei fürstlich auch einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten passiert. Sei der Prinz aber beteiligt gewesen, dann müsse er auch die Folgen tragen.

Das Haus vertagte sich auf den 28. April, um dann die zweite Beratung des Haushalts für die Fortbewaltung fortzusetzen.

Künftliche Aufregung.

Das Zollabkommen, Frankreich und England. — Der diplomatische Schritt. Seine Annahme in Berlin und Wien.

Die angelegentlichsten und aufgeregtesten Bemühungen Frankreichs, England in der Gewerkschaft gegen das deutsch-französische Zollabkommen auf seine Seite zu ziehen, haben nicht nur in Paris erschöpfen Erfolg gehabt. Die französische Regierung hat zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Methode gewählt, die sie nicht auf die Dauer wird durchhalten können, und die vorsichtige Zurückhaltung, mit der sich England gegenüber diesen französischen Vorgehen wappnet, zeigt bereits dessen Schwäche.

Für Frankreich mußte es von vornherein, noch vor der zuverlässigen Kenntnis der Abmachungen zwischen Berlin und Wien, feststehen, daß diese Abmachungen gegen irgend etwas „verloren“ gehen und der Schritt, den man sich bei Eröffnung der Offensiven gegen den geplanten Zollpakt noch nicht klar, und man ist sich bis heute auch darüber noch nicht klar geworden. So wechseln die Anklagen, die gegen die deutsche und die österreichische Regierung erhoben werden, in ihrer Begründung; einmal soll der Pakt gegen das Genfer Protokoll verstoßen, ein andermal gegen den Völkerbundsvertrag, und noch ein anderes Mal wieder verteidigt er sich angeblich nicht mit dem deutsch-französischen Handelsvertrag.

Die englische Politik ist flüchtig und zurückhaltender. Sonderson hat sich, wie aus der scharfen Diskrepanz zwischen der Pariser Reuter-Information und dem einige Stunden darauf folgenden Kommuniqué der Pariser englischen Botschaft deutlich hervorgeht, von den französischen Staatsmännern nicht einwörtlich lassen und der Schritt, den in seinem Auftrag der englische Botschafter in Berlin beim Reichskanzler Dr. Brüning und der englische Gesandte in Wien beim Vizekanzler Dr. Schuber unternehmen haben, ist in seiner Bedeutung weit entfernt von dem, was Paris anstrebt.

Die englische Regierung lagt mit dieser Demarche nicht mehr, als daß Aufklärung über die deutsch-französischen Vereinbarungen erwünscht sei, und das ist ein Ansuchen, dem bei gutem Willen niemand ausweichen wird. Es handelt sich allerdings um die Richtung, in der Aufklärung gefordert werden kann und gegeben werden soll, und über diese Frage besteht zwischen Berlin und Wien völlige Einmütigkeit.

Wie ja auch der Regierungsvorbericht im englischen Unterhaus auf Anfragen erklärt hat, geht das Aufklärungsbedürfnis der englischen Regierung nach der juristischen Seite der Wiener Abmachungen. Eine solche Aufklärung haben die beiden Verhandlungsparteien nicht zu liefern, und sie sind bereit, sie an jedem Ort und auch vor jedem Gremium zu geben, seien es nun die Garanten des Genfer Protokolls, der Völkerbundsrat oder nötigenfalls der Saag. Diese Bereitwilligkeit geht aus den Antworten deutlich hervor, die der Reichskanzler und der österreichische Vizekanzler den englischen Regierungsvorberichten gegeben haben.

Nicht minder deutlich aber kommt in diesen Antworten zum Ausdruck, daß Deutschland und Österreich nicht gewillt sind, die Prüfung des Abkommens und seine Rechtfertigung auf das politische Gebiet hinüberzuversetzen zu lassen.

Unter solche Absichten zieht man in Berlin und Wien gleich im ersten Stadium ihres etwaigen Aufstiegens einen entschiedenen Strich. Noch ein Drittes geht aus den Antworten Brünings und Schobers klar hervor, nämlich die Entschlossenheit, unbestimmter um eine spätere, jedenfalls auf der Vertagung des Völkerbundsrats zu erwartende Prüfung der juristischen Tragfähigkeit der Wiener Abmachungen, die Verhandlungen weiterzuführen und den Ausbau des Abkommens in seinen technischen Einzelheiten zu vollenden. Da das eine Aufgabe ist, die mehrere Monate beanspruchen

wird, ergibt sich ungezwungen, daß vor einer juristischen Aussprache ein Abschluß zwischen Wien und Berlin nicht vollzogen wird, und damit dürfte, aus dem Ablauf der Dinge selbst, allen berechtigten Wünschen und erwartenden Bedenken vollkommene Rechnung getragen sein.

Nur kein Optimismus!

Die rich zur Verabschiedung des Reichshaushalts.

Berlin, 27. März. Zu der Verabschiedung des Reichshaushalts hat Reichsfinanzminister Dr. Dietrich der Presse eine längere Erklärung abgegeben. Er wies einleitend darauf hin, daß in der Eröffnung des Haushalts vor dem 1. April, also vor Beginn des neuen Haushaltsjahres, ein großer Fortschritt zu verzeichnen sei. Die Mehrheiten bei der Abstimmung, so fuhr der Minister fort, waren so, daß sie auch dann ausreichten hätten, wenn die Rechtsopposition im Hause geblieben wäre. Daß der Reichstag sich entschlossen hat, der Regierung die Ermächtigung zu geben, unbeschränkt zu sparen, wenn die Ausgaben zwangsläufig steigen oder die Einnahmen weiter sinken sollten, ist nicht nur ein Vertrauensbeweis, sondern ein Akt größter Entschlossenheit des Parlaments.

Der Redner kam dann auf die Erhöhung der Einkommensteuer zu sprechen, von der er hoffte, daß der Reichstag sie nicht genehmigen würde. Die Erhöhung der Zantimesteuer bezeichnete er als eine Maßnahme, die bei längerer Anwendung nicht zu Einnahmefolgeerungen, sondern zu Einnahmefällen führen würde.

Zur Zeit laute die große Frage, wie sich das neue Haushaltsjahr entwickeln werde. Der Haushaltsplan, so erklärte der Minister dann weiter, ist völlig abhängig von der Ermittlung der Wirtschaft. Steuern und Zölle sind, wie kaum zuvor, konjunkturfempfindlich. Es handelt sich tatsächlich um ein wirtschaftliches Problem. Außertwichtig aber ist die Belebung der Wirtschaft deswegen, weil mit ihr sofort eine Reihe von Wechselmaßnahmen sich besser, vor allem die beiden großen Verbrauchssteuern, Tabak und Bier, die im Laufe der Zeit nahezu zwei Milliarden Mark erbringen sollen; fobann aber die Umsatzsteuer und die Lohnsteuer, die beide in gleichem Schritt mit dem Gang der Wirtschaft gehen.

Zu der Besserung im Innern aber muß auch eine Belebung des Außenhandels eintreten. Hier sieht es leider, nachdem das Genfer Zollabkommen geschloffen ist, nicht besonders vertrauenswürdig aus. Obwohl man bei dem Neuen Plan sich völlig darüber im klaren war, daß Deutschland nur in Ordnung komme und nur dann die Tribute zahlen könne, wenn man ihm eine Ausweitung seines Außenhandels ermöglicht, hat niemand von unseren Vertragspartnern hierzu bisher irgendwelche Anstalten getroffen. Im Gegenteil befinden wir uns in einer umgekehrten Entwicklung, die — sofern sie anhält — schließlich zu den größten Besorgnissen und folgenschweren Veranlassungen geben sollte.

Die Zweiteilung Belgiens beantragt.

Neue Volksabstimmung in Eupen-Malmedy?

Brüssel, 27. März. Die flämischen Nationalisten haben im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach Belgien in einen Bundesstaat, bestehend aus Flandern und Wallonien, umgewandelt werden soll. Dem Antrag ist der Entwurf einer neuen Verfassung beigefügt, in dem u. a. die monarchistische Staatsform beibehalten ist.

Interessant ist dabei, daß die flämischen Nationalisten in ihren Anträgen das Gebiet von Eupen und Malmedy nicht in das belgische Staatsgebiet einbezogen haben. Sie erklären dazu, daß sie bei der Beratung ihres neuen Gesetzentwurfes in der Kammer beantragten werden, in Eupen-Malmedy eine neue, diesmal geheime Volksabstimmung vorzunehmen.

Keine Sensation.

Die Beischlüsse der Europatagung.

Paris, 27. März. Die Pariser Europatagung hat, wie zu erwarten war, keine Sensation gebracht. In den drei Sitzungen ist das deutsch-französische Abkommen mit feinem Wort erwähnt worden.

Provisorisch wurde beschlossen, im Mai folgende drei Punkte in der genannten Reihenfolge auf die Tagesordnung zu bringen: 1. Verfassung, Organisation und Arbeitsmethode, 2. Zulassung Danzigs, 3. Studium der Wirtschaftspolitik.

Eine gewisse Uneinigkeit besteht nur in Bezug auf die von Deutschland und Italien gewünschte zeitliche Beendigung der Wirtschaftsprobleme. Die beiden Länder haben nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Wirtschaftspolitik des Völkerbundes zu allen Verhandlungen des Ausschusses zugezogen werden müßten und behalten sich vor, in der ersten geschlossenen Sitzung der Wältkonferenz noch einmal auf diesen Punkt zurückzukommen.

Internationale Getreidevorkonferenz.

Eine Rede Mussolinis.

Rom, 27. März. Die internationale Getreidevorkonferenz wurde mit einer Rede von Mussolini eröffnet. Er unterstrich die verlässlichen günstigen Verhandlungen für die Möglichkeit der

